

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torquarstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf. einchl. Umklesteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezähle.

Nr. 131.

Dienstag, den 1. November 1932.

35. Jahrg.

Der Empfang bei Hindenburg.

Nach seiner Einigung Reich-Präsident.
Reichspräsident von Hindenburg hat am Sonnabend in Gegenwart des Reichszanzen von Bayern den preussischen Ministerpräsidenten Braun empfangen. Der Empfang dauerte etwa eine Stunde. Amtlich wird über folgende Mitteilung ausgegeben:

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonnabend Reichszanzen von Bayern und den preussischen Ministerpräsidenten Braun. Die Besprechung wurde durch das Urteil des Staatsgerichtshofes gefahrene Lage. Der Reichspräsident führte erörternd aus, daß der Streit zwischen Reich und Preußen über die Besetzung vom 20. Juli durch das Urteil des Staatsgerichtshofes erledigt sei und daß er und die Reichsregierung sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils stellen. Es müsse beiderseits der letzte Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen, die einerseits die dem preussischen Staatsministerium zuerkannten Rechte berücksichtige, andererseits die Befugnisse des Reichsministeriums und die Notwendigkeit einer einheitlichen Reichspolitik nahe.

Ministerpräsident Braun erwiderte, daß das preussische Kabinett sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden des Urteils stelle. Er gab daraufhin eine Darstellung seiner Auffassung von den Folgen, die aus dem Urteil zu ziehen seien. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingesetzt werden. Die Befugnisse des Reichsministeriums sollten, wenn sie überhaupt noch nötig wären, auf solche Maßnahmen beschränkt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig seien. Mit den vorliegenden Verhandlungen solle aufhört werden. Über die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und in Preußen könnten alsdann Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung stattfinden.

Reichszanzen von Bayern erklärte zunächst, daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtsführung nie angezweifelt habe, und daß nur staatspolitische Erwägungen zu ihren Maßnahmen geführt hätten. Er legte dann seine Auffassung der Lage dar und betonte, daß der Reichsminister sich nicht darauf beschränken könne, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern weiterhin die gesamte Exekution einschließlich in der Hand behalten müsse. Daraus ergab sich ohne weiteres die Verpflichtung, die als notwendig erkannte Reform der preussischen Verwaltung durchzuführen und damit eine höhere einheitliche Regelung dieser Frage durch die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten. Personelle Veränderungen seien nur aus sachlichen Gründen vorgenommen worden. Der Reichsminister werde der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit geben, die im vorliegenden Urteile auszusprechen, Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichsministeriums aber nicht dulden.

Der preussische Ministerpräsident betonte, daß er demgegenüber auf seinem eingangs dargelegten Standpunkt verharre und insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Verhandlung mit der preussischen Staatsregierung widerstrebe. Eine Einigung hierüber wurde nicht erzielt.

Im Laufe der Besprechung hob der Reichspräsident hervor, daß es zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reiches in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reiches in einheitlicher Bahn zu führen.

Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, daß über die Ausübung der Rechte, die der preussischen Staatsregierung nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zustünden, eine Verständigung erzielt werden müsse. Es wurde vereinbart, daß hierüber weitere Verhandlungen zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Reichsminister aufrechterhalten werden sollten.

Bayern an den Reichspräsidenten.

Zur Neuaufstellung Preußens.
Amtlich wird mitgeteilt: Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wird folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis geleitet:
Der Ministerrat hat sich soden auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Vätern der Reichsregierung wegen der Neuaufstellung Preußens

Entscheidungen von größter Tragweite

Die Ministerien Preußens in Händen des Reiches

In Verfolg der vom Reichsminister für Preußen in Angriff genommenen Verwaltungsreform sind jetzt die erwarteten Ernennungen von neuen Reichsministern für Preußen amtlich bekanntgegeben worden.
Reichszanzen von Bayern hat danach in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Preußen ernannt: zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums den Staatssekretär a. D. Professor Dr. Popitz;
für den Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums den Reichsminister für Ernährung, Freiherrn von Braun;
für den Geschäftsbereich des Kultusministeriums Universitätsprofessor Dr. Köhler aus Greifswald.

In der kaiserlichen Zeitung der übrigen preussischen Ministerien tritt keine Veränderung ein. Es bleiben also: Dr. Bracht für Inneres, Staatssekretär Dr. Köhler für Justiz und Staatssekretär Dr. Ernst für Handel (das Ministerium heißt jetzt „für Wirtschaft und Arbeit“).
Gleichzeitig hat der Reichspräsident den Reichsminister Dr. Bracht und Staatssekretär Popitz für die Dauer ihrer Vertretung mit den Aufgaben in Preußen zu Reichsministern ohne Parteizugehörigkeit ernannt. Die Regierung Braun-Überwing tritt am Dienstag zusammen, um zu diesen Ernennungen Stellung zu nehmen.

Reichsrat vom 10. November einberufen.

Der Reichsrat ist nunmehr zum 10. November einberufen worden. Es ist anzunehmen, daß in dieser Sitzung auch die Frage der Hoheitsrechte des preussischen Staatsministeriums Braun gefahrt werden soll.
Die Einberufung des Reichsrats ist vom Reichsinnenminister vorgenommen worden. Die Einladungen sind

besetzt. Nach seiner Überzeugung enthalten die Klänge schwerer Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung anderer deutscher Länder gegenüber dem Reiche und untereinander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärungen der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzmäßigen Wege und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet werde. Der Ministerpräsident bittet daher den Herrn Reichspräsidenten, seine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist.

Die Antwort Hindenburgs an Bayern.

Auf das Telegramm der bayerischen Regierung hat der Reichspräsident dem Reichszanzen Auftrag gegeben, der bayerischen Regierung mitzuteilen, daß ihre Beschäfte von falschen Voraussetzungen ausgingen. Die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung hielten sich durchaus im Rahmen der Aufgaben, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes dem Reichsminister zugewiesen worden sind.

Die „Zusatzstimmen“ der Wahlreform.

Keine Entschädigung der Arbeitslosen.
Hinsichtlich der Zusatzstimmen, die der Reichsinnenminister über seine letzten Ausführungen über die Wahlreform angekündigt hat, sind Auffassungen aufgetaucht, die — wie von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird — nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. So ist u. a. gefragt worden, ob beabsichtigt sei, die Arbeitslosen zu entschädigen. Das Reichsinnenministerium erklärt ausdrücklich, daß von einer derartigen Möglichkeit nicht die Rede sein könne. Die Zusatzstimme, die die Familie erhalten soll, ist für denjenigen gedacht, der für die Familie zu sorgen hat. Das ist im allgemeinen der Mann. Wenn der Mann tot ist, geht diese Zusatzstimme ohne weiteres auf die Frau über. Unter Familie wird im Zusammenhang hiermit Mann und Frau und mindestens ein Kind verstanden. Wenn die Kinder heranwachsen und Selbstverdiener werden, wird trotzdem die Stimme nicht entzogen werden.

bereits in den Händen der Reichsstaatsbevollmächtigten. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe laufender Fragen. Weitere politische Fragen sind auf ihr nicht entfallen.
Aber nun erfolgten Einberufung des Reichsrats werden die Arbeiten der Reichsstaatsauschüsse in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden. Anfang der Woche werden bereits die Mundfunkrichtlinien in den Ausschüssen erörtert werden.

Anträge auf eine frühere Einberufung des Reichsrats liegen zur Zeit nicht vor. Sollten in der kommenden Reichsstaatsung Auskünfte über politische Dinge verlangt werden, so werden diese Fragen, wie von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird, vom Reichsinnenminister selbstverständlich beantwortet werden.

Kein Disziplinarverfahren gegen Dr. Weismann.

Wie der Amtliche Preussische Professionsdienst mitteilt, sind die in der Öffentlichkeit gegen den Staatssekretär Dr. Weismann erneuert erhobenen Vorwürfe auf Anweisung der kaiserlichen Staatsregierung durch einen Sachverständigen des Kammergerichts in der Richtung nachgeprüft worden, ob Möglichkeit und Anlaß zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens vorliege. Diese Nachprüfung hat ergeben, daß ein Disziplinarverfahren jedesmal deswegen nicht eingeleitet werden kann, weil sämtliche Vorwürfe sich auf Vorgänge beziehen, die in rechtsverjährter Zeit liegen.

Bracht und Popitz vereidigt.

Der Reichspräsident hat die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung der neuernannten Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Dr. Jürg. e. h. Bracht und Dr. Popitz, vorgenommen.

Der Begriff des Kriegsteilnehmers — Kriegsteilnehmer erhalten bekanntlich ebenfalls eine Zusatzstimme — wird später noch näher umrissen. Es wird aber schon jetzt ausdrücklich, daß der Begriff Kriegsteilnehmer nicht leichtlich ausgedeutet werden soll. Ein Kriegsteilnehmer, der tatsächlich Familienvater ist, soll zwar Zusatzstimmen erhalten.

Wie die Reichspost Arbeit schafft.

Die Finanzierung der Aufträge.
Die Anleiheverbindlichkeiten der Reichspost konnten bisher noch zu keinem Abschluß gebracht werden. Die ausländischen Geldgeber können sich so kurz vor wichtigen Wahlen zur Geldhergabe nicht entschließen. Die Verhandlungen werden weitergeführt mit dem Ziel, eine Anleihe von 60 Millionen Mark zu bekommen. Die Reichspost hat zur Aufhebung der Wirtschaft für etwas über die Hälfte dieser Summe Aufträge an Industrie und Handwerk herausgegeben. Zur vorläufigen Finanzierung dieser Teilerlöse hat die Reichspost verschiedene Maßnahmen ergriffen. Davon ist eine wichtige die Finanzierung durch die Firmen, indem die Firmen liefern, die Reichspost den Gegenwert verzinst und in etwa fünf Jahresraten tilgt. Eine entsprechende Regelung der ganzen Anleiheangelegenheit ist erst möglich, wenn die Anleihefrage entschieden sein wird.

Trendelenburg Untergeneralsekretär des Völkerbundes.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Dr. Trendelenburg, hat, wie amtlich aus Genf gemeldet wird, den Staatssekretär a. D. Dr. Trendelenburg zum deutschen Untergeneralsekretär des Völkerbundes ernannt. Dem neuen deutschen Untergeneralsekretär, der seinen Posten bereits in nächster Zeit antreten soll, ist die Oberleitung über die Finanz- und Wirtschaftsausschüsse des Völkerbundes übertragen worden.

Geheimnisvolle Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Die Sachverständigen hinter verschlossenen Türen. Der große Sachverständigenausschuß für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz ist in Genf zusammengetreten. Der Vertreter Deutschlands beantragte öffentlich zu verhandeln. Er betonte, der Ausschuß müsse seine Arbeiten unter dem feinen Entschluß führen, der Weltwirtschaftskonferenz zu positiven Ergebnissen zu verhelfen. In der gesamten Weltöffentlichkeit wurde eine allgemeine Enttäuschung über das Ergebnis der Konferenz nicht eine allgemeine wirtschaftliche Besserung eintreten würde. Der Ausschuß habe die große Aufgabe, die gesamte internationale Atmosphäre für die kommende Londoner Konferenz zu bereinigen.

Nach einer ausgedehnten Aussprache wurde jedoch beschlossen, die Verhandlungen des Ausschusses für geheim zu erklären und nur von Zeit zu Zeit die Presse zu den Verhandlungen zuzulassen.

Gouverneur Schnee und die NSDAP.

Gouverneur z. D. Dr. Schnee, ein Mitglied der Draisenfunktion des Reichsbundes, hat seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. In einem Brief an Dingeldey begründet er seinen Schritt und schreibt u. a.:

„Ich weiß, daß ich die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes und zu seiner Befreiung vom Druck des Versailles Diktats für eine unbedingte Notwendigkeit halte. Hierfür ist nach meiner Ansicht die Wirtung der nationalsozialistischen Bewegung unerlässlich. Es erfüllt mich mit großer Sorge, daß die innersozialistische Bewegung an der Verarmtötung, als ob auch die innersozialistischen Sandlungen der Reichsregierung nur von einem verhältnismäßig kleinen Teil des deutschen Volkes getragen werden. Ich habe während meiner Reise nach und in dem Fernen Osten von Persönlichkeit verschiedener Nationalität solche Anschauungen hören müssen. Die Möglichkeit zu einem erfolgreichen Wirken mit dem Ziele der Befreiung unseres Volkes kann sich nur in einer bewußten Zusammenarbeit aller derjenigen Kräfte erbilden, die sich in Aufhebung gegen das Versailles Diktat im Laufe der letzten Jahre zusammengeschlossen haben.“

Politischer Boykott unzulässig.

Das Landgericht I in Berlin hat in einer Urteilsurkunde eine Entscheidung gefällt, die ganz allgemein für die Geltung und Anwendung der Bestimmungen über einen politischen Boykott von außen von großer Bedeutung ist. Wie bekannt, hat das Volk der Berliner Nationalsozialisten, der Angriff, in einem Parteibefehl alle Parteigenossen das Lesen der bürgerlich-nationalen Blätter unterlag und gleichzeitig aufgefordert, überall auch auf andere einzuwirken, daß sie diese Blätter meiden. Auf diese Aufforderung hin hat der Sozial-Verein in Berlin und mit ihm auch der Verein deutscher Zeitungsverleger bei Gericht den Antrag gestellt, durch eine einstweilige Verfügung den Angriff die Anwendung derartiger gegen die guten Sitten verstoßender Kampfmittel zu unterlagen. Das ist dann auch geschehen. Das Gericht hat dem Angriff mit einer Strafe von 300 000 Mark geurteilt, daß er nicht auf diese Weise einzuwirken, sondern die politische Partei, die den Angriff verurteilt, die gegen diesen Entschluß Beschwerde erheben, die aber nur das Landgericht I abgelehnt hat. In dem Urteil heißt es:

„Bei Vermeidung der angeordneten Strafe wird dem Angriff unterlag, Erklärungen — insbesondere in beleidigender oder die deutsche Stimmung der Antragstellerin bezweifelnden Form — zu veröffentlichen mit der Maßgabe, auf diesem Wege die politische Partei, die den Angriff verurteilt, einen Druck auszuüben, oder auf die Leser und Parteigenossen einen Druck auszuüben, damit sie die Zeitungen und die Zeitungsblätter der Antragstellerin meiden. Die Leser des Angriff dürfen auch nicht aufgefordert werden, andere Personen zum Boykott zu veranlassen.“

In der Begründung heißt es: „Bei dem Angriff und Parteibefehl handelt es sich um einen politischen und wirtschaftlichen Boykott. Politischer Boykott sei grundsätzlich unzulässig, ein wirtschaftlicher Boykott dann, wenn er mit unzulässigen Mitteln oder zu einem unzulässigen Zweck geführt werde. Der Angriff habe verurteilt, in unerlaubter Weise auf die politische Haltung der Zeitungen der Antragstellerin einzuwirken; er habe sich auch die politische Gegenpartei für Konturenzwecke nutzbar gemacht; alles dies habe er zum Ziel in beleidigender, verunglimpfender und national-deutsche Stimmung des Gegners anzuweckeln und Form getan. Die Kosten des Prozesses trägt der Angriff.“

Eine Gemeindevahl vor der Reichstagswahl

In Weimar (Landkreis Kassel) wurden die Gemeindevahl durchgeföhrt, für die nur die Sozialdemokraten, die Nationalsozialisten und die Kommunisten Listen aufgestellt hatten. Die Wähler hatten diesmal eine eigene Liste verurteilt. Von den insgesamt 93 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die Nationalsozialisten 45 (6 Sitze), Sozialdemokraten 21 (2 Sitze) und Kommunisten 29 (4 Sitze). Fünf Stimmen waren unglültig. Der Vergleich des Wahlergebnisses mit dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl ergibt, daß die nationalsozialistische Liste einen Stimmenzuwachs von 25 und die Kommunisten einen solchen von 3 zu verzeichnen haben, während die Sozialdemokraten einen Verlust von 32 Stimmen aufweisen.

Frankreichs Abrüstungsvorschlag

Der Abschluß der außenpolitischen Aussprache der französischen Kammer, in der Ministerpräsident Herriot den neuen Abrüstungsplan Frankreichs vorlegte, gestaltete sich zu einem vollen Erfolg für die Regierung. Ihr wurde mit 480 gegen 20 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Der französische Vorschlag

für die Genfer Konferenz, dem die Kammer damit ihre Zustimmung gab, hat folgenden Wortlaut:

Frankreich würde zu einem noch schufelgehenden Zeitpunkt die Verallgemeinerung und die Herabsetzung der Militärdienstpflicht für alle Landstreitkräfte in Europa unter folgenden Bedingungen annehmen:

1. Jede Formation, die dieser Organisation der Armeen nicht entspricht, wie die Wehrmacht, wird aufgelöst; die innere Polizei „reglementiert“.

2. Die internationale Kontrolle wird organisiert; sie schließt obligatorisch das Investitionsrecht ein.

3. Um den Vertrag von Locarno zu ergänzen, soll ein Pakt auf gegenseitige Unterstützung abgeschlossen werden, an dem sich jede europäische Nation beteiligen kann. Die Gesamtmacht der Mächte dieses Paktes würde genügen, jeden Angriff abzuschlagen. Diese (internationalen) Streitkräfte müssen eine feste Staffel nationaler Kontingente umfassen, die genau auszuführen und daher sofort verfügbar sind, und die über ein ausreichendes Kriegsmaterial verfügen.

4. Die Vereinigten Staaten müssen die Sicherheitsgarantien zugehen, die sie für sich selbst in Anspruch nehmen.

5. Die Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, müssen sich verpflichten, alle Verbindlichkeiten, die sich aus Artikel 16 des Paktes ergeben.

6. Das Kriegsrecht muß obligatorisch für alle Staaten sein, die dem Pakt beitreten.

Der deutsche Standpunkt.

Zu der Erklärung Herriots erklärt man an Berliner zuständiger Stelle, man könne sich noch kein abschließendes Bild über die Erklärungen machen. Man könne aber schon jetzt sagen, daß die Rede Herriots insofern sehr interessant sei, als der französische Ministerpräsident zum erstenmal den Standpunkt verläßt, daß der

„Versailler Vertrag ein „Rühmlichstun“

bedeute. Es sei falsch, wenn Herriot das deutsche Gleichberechtigungswort mit einer Forderung auf Abrüstung identifiziert. Was von Deutschland unter keinen Umständen angenommen werden könne, sei, daß nach zweierlei Maß gemessen werde. Darüber vermisse man noch eindeutige klare Ausführungen Herriots. Wenn Frankreich in Genf die Aussprache mit Deutschland nicht ausweichen würde, hätte man damals schon die ganze Angelegenheit klären können. Für Deutschland sei

Das verschollene deutsche Postflugzeug.

In Kanal verschwunden? Das deutsche Postflugzeug „D. 2017“, das die Strecke London-Köln besaß, ist seit Sonnabend abend verschollen. Montag waren keine Nachrichten über den Verbleib des Flugzeuges beim englischen Luftministerium eingetroffen. Das Luftministerium erklärte, daß das Flugzeug wahrscheinlich im Kanal verschwunden sei. In einem Schreiben, wie er in der Nacht zum Sonntag im Kanal gewirkt habe, habe sein Flugzeug sich lange über Wasser halten können. Die Suche nach den verschollenen Fliegern war während des ganzen Sonntags fortgesetzt worden, aber sie blieb vergeblich.

Sturmschäden in Frankreich.

In der französischen Nord- und Westküste hat ein starker Sturm in den Hafenstädten großen Schaden angerichtet. Aus Le Havre, St. Malo, Cherbourg, Trouville und La Rochelle werden große Sturmschäden gemeldet. Eine Reihe von Fischdampfern, die sich auf See befanden, lief mit schweren Beschädigungen in die Häfen ein. Die neuen Deicharbeiten in Le Havre sind durch die hohe Brandung völlig zerstört worden. Auch aus dem inneren Frankreich wurde schwerer Sturm gemeldet. In den bergigen Gegenden, den Vogezen und den Nordsalpen, sanken die Temperaturen unter Null. Verschiedentlich wurden Schneefälle gemeldet.

Schwere Zusammenstöße in Hamburg.

Nationalsozialisten von Kommunisten und Reichsbannerleuten überfallen. Im Laufe des Sonntags ist es in Hamburg wieder zu sehr schweren Zusammenstößen gekommen, in denen Verletzte auf mehrere Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Die schwersten Zusammenstöße spielten sich in den Stadtteilen Hammerbrook und Warmbe ab. In fast allen Fällen entwickelten sich die Zusammenstöße aus Streitigkeiten mit nationalsozialistischen Werbetagungen, die von Kommunisten und Reichsbannerleuten überfallen wurden.

Die Polizei erschien überall mit großem Aufgebot, jedoch vergeblich bei ihrem Eintreffen die Täter sofort auf den Straßen. Sogar die Verletzten wurden in den meisten Fällen mitgenommen. Auf nationalsozialistischer Seite werden

zwei SA-Leute mit schweren Rückenverletzungen, ein SA-Mann mit einer schweren Beinverletzung und ein weiterer SA-Mann mit Kopfverletzungen gemeldet, ferner dreißig Verletzte. Das Reichsbanner meldet einen Schwerverletzten und einen Verwundeten. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten an der Wandseher Seite wurde der 43-jährige Heinrich Schwarz, der Mitglied der KPD ist, durch Bauchschuß verletzt. Einschreitende Polizeibeamte wurden

allein nachgeben, daß alle Abrüstungsmaßnahmen für alle Staaten gleichmäßig gelten müssen.

Die Gleichberechtigungsbereitschaft müsse die Sicherheit dafür bieten, daß alle politischen Fragen gerecht und unparteiisch behandelt würden. Zusammenfassend könne man sagen, so unbestimmt die Vorschläge Herriots seien, so sei doch festzustellen, daß die Forderung anderer Staaten diesmal in höherem Maße gewährt würden als bisher.

Eine Erörterung der französischen Vorschläge sei immerhin möglich, Vorbedingung sei selbstverständlich, daß die Gleichberechtigung aller Staaten, also auch die deutsche Gleichberechtigung, gewährleistet sei.

Eine Sonderkennung des englischen Kabinetts.

Das englische Kabinet behandelte auf einer Sonderkennung die Abrüstungsfrage. Es bestand unter den Regierungsmitgliedern Übereinstimmung darin, daß die Mitarbeit Deutschlands an der Fertigstellung eines Abrüstungsentwurfs in Genf dringend erwünscht sei. Es wurde im Verlauf der Beratungen erwogen, ob durch „eine Verklärung“, in der der Wille der Mächte zu ernsthafter Abrüstung zum Ausdruck kommt, eine Heranziehung Deutschlands erreicht werden kann. Wo aber bleibt die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung, die uns allein veranlassen dürfte, wieder nach Genf zu gehen?

Politische Tabakspfeifen.

Herriot macht sich in Spanien beliebt. Die Madrider Reife Herriots gestaltete sich von der französisch-spanischen Grenze ab zu einem wahren Triumphzug. Als der Zückerpfeife der spanischen Grenzstation Juan baldmachte, wurde Herriot von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge mit dem Ruf „Es lebe Herriot!“ empfangen. Das Bahnhofsgebäude und der Zug waren mit den französisch und spanischen Flaggen geschmückt. Der französische Arbeitsminister, der französische Postminister in Madrid und der spanische Postminister in Paris waren dem Ministerpräsidenten von Madrid entgegengefahren. Herriot verteilte unter die anwesende Bevölkerung Tabakspfeifen. Spanische Frauen überreichten Blumen, und nach einem kurzen Aufenthalt setzte sich der Zug unter dem Jubel der Bevölkerung wieder in Bewegung. In Madrid überreichte Herriot dem spanischen Staatspräsidenten das Großkreuz der Ehrenlegion.

Kühler Empfang Herriots in Madrid.

Dem französischen Ministerpräsidenten Herriot wurde in Madrid ein kühler Empfang zuteil. Studenten und andere junge Leute zogen durch die Straßen mit den Rufen: „Tod für Herriot! Nieder mit Frankreich! Nieder mit dem Imperialismus! Wir wollen keine Armeen!“ Polizeistabteilungen in Kraftwagen mußten die Straßen fahrend.

gleichfalls beschossen, mit Steinen beworfen und so hart bedrängt, daß sie auch ihrerseits von der Schutzpolizei Gebrauch machen mußten. Dadurch wurde der 27-jährige Bruno Borowski, der Angehörige der KPD, sein soll, als er einen Stein auf die Beamten werfen wollte, durch einen Schußtötung verletzt. Ein des Weges kommender Marineoffizier wurde von Reichsbannerleuten niedergebunden und durch Tritte in die Rippen so schwer verletzt, daß er sofort in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Kilometerstein 23,9 — eine Gefahr für Autos.

Erdbebenungen sollen schuld sein. Ein mit sechs Personen besetztes Auto eines Gesehminder Fischbänders, das aus Bismarck am See, fuhr bei Kilometerstein 24,6 in der Gefahrenzone des bezeichneten Kilometersteins 23,9, gegen einen Baum. Das Auto wurde schwer beschädigt, zwei Insassen wurden verletzt. Der verunglückte Wagen mußte abgeholt werden. Die Geschwindigkeit des Wagens betrug auf der als Gefahrenzone bezeichnten Strecke nur 40 Stundenkilometer.

Man beginnt in letzter Zeit auf Grund der mehr als 50 Unfälle, die sich bei Kilometerstein 23,9 ereignet haben, und auf Grund von Verhufen des Kieningängers Wehrs aus Leipzig, sich mit Behauptungen zu befassen, die die Unfallsfälle auf intendierte Erdbebenungen zurückzuführen wollen. Wissenschaftlich ist das allerdings bisher noch nicht bewiesen.

Überfall auf einen Geldtransport.

Ein Loter, ein Schwerverlester. In Erfurt wurden am Montagvormittag zwei Boten der Deutschen Post, die von der Reichsbank Geld geholt hatten, bei ihrer Rückkehr von der Reichsbank vor dem Gebäude der Deutschen Post überfallen. Aus einem Verlorenenutten sprangen drei Männer mit schiffenrigen Gesichtern in der Hand auf die beiden Postboten zu und erschritten sofort das Feuer. Ein Postbote brach tot zusammen, der andere wurde durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Die Kiste mit dem Gelde fiel dabei auf die Straße. Als die Räuber die Geldkiste ergreifen wollten, kam im Laufschritt ein in der Nähe angestellter Polizeiposten, der die Schiffe gehört hatte, heran. Die Räuber schlugten darauf in ihrem Auto und ließen das Gelde im Stich. Der Polizeibeamte zog die Pistole und jagte

fliehen Schuß in das Auto der Räuber hinein, wobei einer von diesen verletzt wurde. Schnell entschlossen schwang sich der Beamte auf ein Motorrad und nahm die Verfolgung auf. Da jedoch der starke Baueen dem durch einen Seitenangriff bedingten Motorrad

überlegen war, mußte der Polizeibeamte schließlich von einer Verhaftung absehen. Der Polizeibeamte konnte nur den Erfolg für sich buchen, daß er die Abzeichen des Wagens und seine Nummer feststellen konnte. Es handelt sich um ein Hamburger Auto.

Nach privaten Meldungen sollte die Kiste mit dem Gelde — schätzungsweise 50 000 Mark — von den Räubern mitgenommen worden sein. Das trifft aber, wie sich aus dem Polizeibericht ergibt, nicht zu.

Noch ein Raubüberfall.

Aber ein zweites ungewöhnlich freches Raubüberfall wird aus München berichtet. Zwei Massenbuben des Stadtrates München wurden vor einem Wollfabrikanten von zwei Männern überfallen. Ein Bube wurde niederschlagen. Die Diebstahlsumme betrug 10 000 Mark. Das Geld war in zwölf Beuteln verpackt; darunter befanden sich zwei Säcke mit je 1500 Mark in Dreimarckfäden. Der Rest des Geldes war ebenfalls Silbergeld, so daß der Raub ein Gewicht von einem Kilo hatte. Die Täter verjagten auch dem zweiten Massenbuben den Raublad. Der Raub mußte infolge aber insofern des heftigen Widerstandes des Buben. Verbleibende Fahrgänger wurden von den Räubern mit der Pistole in Schach gehalten. Die Räuber fuhren mit einem vorher gestohlenen Auto davon.

Schwerer Autounfall.

Lastragenanhänger mit Nationalsozialisten umgehängt. — Vier Schwerverletzte.

In der Nähe von Berlin trug sich ein schwerer Autounfall zu. Der Anhänger eines Lastragens, der mit Nationalsozialisten besetzt war, die sich vom SA-Treffen in Berlin auf dem Rückweg nach Verleberg befanden, kippte an der Kreuzung der Chauffee Verleberg — Potsdam und Prenzlauer Berg um. Alle Insassen wurden herausgeschleudert. Vier schwerverletzte Personen wurden nach dem Kanener Krankenhaus gebracht. 20 Leichtverletzte wurden Notverbande angelegt. Diese konnten die Fahrt wieder fortsetzen.

Drei Kinder verbrannt.

Der Eisenbahnwagen als Armenwohnung. In Altenfeld in Württemberg brach in einem als Armenwohnung aufgestellten Eisenbahnwagen, den seit Jahren der erwerbslose Hilfsarbeiter Eugen Ottmar mit seiner Familie bewohnt, auf bisher unaufgeklärte Weise Feuer aus. Die Eltern waren abwesend und hatten ihre drei Kinder im Alter von sechs, zweieinhalb und eineinhalb Jahren eingeschlossen. Das Feuer wurde von Leuten des freiwilligen Arbeitsdienstes, die in der Nähe beschäftigt waren, bemerkt. Es wurden sofort Versuche zur Rettung der Kinder unternommen. Die Rauchentwicklung war jedoch so stark, daß sich Eindringen in die Wohnabteilung unmöglich war. In wenigen Minuten brannte der Eisenbahnwagen nieder. Die drei Kinder wurden auf einem Aufbahrungsorte sofort zusammengetanert mit durchdringenden Brandwunden auf aufgefunden.

18 Tote beim Untergang eines schwedischen Motorbootes?

In Stockholm befindet man, daß achtzehn junge Leute von der Insel Gotland mit einem Motorboot untergegangen und ertrunken sind. Die jungen Männer hatten sich auf Meer hinausgegeben, um den Mannern eines russischen Geschwaders zuzusehen, das in der Nähe von Gotland liegt. Sie sind aber bisher, 24 Stunden seit ihrer Ausfahrt, noch nicht wieder zurückgekehrt. Daarker Sturm herrschte und die jungen Leute keinen Kompaß in ihrem Boot, dessen Motor überdies defekt war, mitgenommen haben, befürchtet man das Schlimmste.

Gronau funkt mit der Heimat.

Am Sonntag hat der Weltkriegsveteran Wolfgang von Gronau mit seinem Dorner-Wal wieder direkte Rundverbindungen mit der Heimat aufgenommen. Der Verkehr mit Argentea erlaubt eine ausgezeichnete Verbindung selbst über die riesigen Entfernungen und mit den geringen Gebühren der Norddeutschen Lloydbootes. Gronau funkt, daß er in Bahia zum Zanten gelandet und in nächster Zeit nach Bahia geht. Von dort aus wolle er nach Rio de Janeiro fliegen, das er am Montag zu erreichen gedenkt.

Amtlicher Teil.

Verordnung

über das Verbot des Auschankes von Branntwein und des Kleinhandels mit Trinkbranntwein für Sonnabend, den 5. und Sonntag, den 6. November 1932. Vom 15. Oktober 1932.

Auf Grund des § 15 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 146) wird anlässlich der Reichstagswahl folgendes bestimmt:

§ 1. Der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein ist am Sonnabend, dem 5. und Sonntag, dem 6. November 1932 bis zur Vollzeitsunde verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 29 Ziffer 8 des Gaststättengesetzes mit Geld und Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 15. Oktober 1932.

Der Preussische Minister des Innern.

Mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: Bracht. Veröffentlicht: Annaburg, den 1. November 1932.

Der Amts-Vorsteher als Orispolizeibehörde.

Bekanntmachung.

Wahlen zum Reichstag.

Die Gemeinde Annaburg ist in 2 Stimmbezirke eingeteilt.

Der 1. Stimmbezirk umfasst:

Aderstraße, Am Gaswerk, Baderei, Bahnhofstraße, Begetstraße, Friedrichstraße, Feldstraße, Gärtnerstraße, Herberstraße, Köhnenburgstraße, Heidehof, Hofbreite, Kellerbergstraße, Köhnenstraße, Markt, Schloss, Zörgauerstraße, Ullentstraße, Zilldorferstraße, Familienhäuser 2 und 3. Abstimmungsraum für den Stimmbezirk 1 ist der II. Saal der Gastwirtschaft „Weintraube“ in Annaburg.

Abstimmungsvorsteher ist Herr Schöffe Alwin Jäger und Stellvertreter Herr Gemeindevertreter Ernst Kleinberg, beide aus Annaburg.

Der 2. Stimmbezirk umfasst:

Am Bruch, Am Neugarten, Gettrudshof, Hinterstraße, Kästlers Hof, Hohenstraße, Hohenstraße, Hohenstraße, Mittelstraße, Mühlentstraße, Riederstraße, Planweg, Schulstraße, Schweinertstraße, Talstraße, Zögertstraße, Windmühlen, Ziegenrill, Eisenbahnvorhäuser 27 und 28, Forsterei Amstefia.

Abstimmungsraum für den Stimmbezirk 2 ist der II. Saal der Gastwirtschaft „Goldener Ring“ in Annaburg.

Abstimmungsvorsteher ist Herr Gemeindevertreter Paul Bornmann und Stellvertreter Herr Gemeindevertreter Friedrich Grube, beide aus Annaburg.

Die Abstimmung findet statt am

Sonntag, den 6. November 1932

und dauert von 9 bis 18 Uhr.

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt, sie enthalten alle zugelassenen Kreiswahlvor schläge, die Partei und die Namen der ersten 4 Bewerber jedes Wahlzuges.

Der Stimmbezirk — das sind alle Personen, die Reichsangehörige, am Abstimmungstage 20 Jahre alt und in die Stimmliste eingetragen sind, aber einen Stimmzettel besitzen — hat bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder Unterzeichnen oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahlvor schlag zu bezeichnen, dem er seine Stimme geben will. Stimmzettel, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, sind ungültig. Die Stimmzettel werden am Abstimmungstage den Stimmberechtigten im Abstimmungsraum ausgehändigt.

Annaburg, den 31. Oktober 1932.

Der Gemeindevorstand.

Notales und Provinzielles.

Zum Regierungspräsidenten in Merseburg wurde der Ministerialrat im Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Sommer, endgültig ernannt.

In der Nummerbezeichnung der Wahlvor schläge im Wahlkreis 11 infolgedessen eine Veränderung eingetreten, als die Deutsche Volkspartei nicht die Nummer 6, wie in voriger Nummer angegeben wurde, sondern die Nummer 7 führt. Das Wahlsystem muß daher an dieser Stelle lauten: 5. Deutschnationale Volkspartei, 6. Nationaler Mittelstand, 7. Deutsche Volkspartei, 8. Sozialistische Partei.

Annaburg. Mit dem heutigen Tage ist die durch den Tod des Polizeihauptwachmeisters Hentel freigewordene Stelle in der hiesigen Gemeinde wieder neu besetzt worden. Die Stellung wurde dem Polizeihauptwachmeister Barth übertragen.

Annaburg. Am morgigen Mittwoch findet in einer öffentlichen Wahlversammlung der NSDAP im „Goldenen Ring“ Hg. Czarnomski-Halle. Der Redner dürfte der hiesigen Einwohnerliste kein Unbekannter mehr sein, da er in der ersten Versammlung, die die NSDAP hier veranstaltet hat, bereits schon einmal gesprochen hat. (Näheres siehe Anzeiger.)

Annaburg. Vom deutschen Männergesang. Der Bezirk 12 (Zörgau) im Leipziger Gauverband hielt am Sonntag eine sehr gut besuchte Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes ab. Anwesend waren fast alle Vorsitzende und Liederehrer der angeschlossenen Vereine. Die Abrechnung wurde das 8. Bezirksjahresfest in Dornitzsch zeigte eine geringfügige Mindereinnahme, verursacht durch das schlechte Wetter am Festtage. Das 9. Bezirksjahresfest wurde auf den 20. und 21. Mai 1933 in Bad Schmiedeberg festgesetzt und wird aus Sängertag und Sommer am 20. und Kirchenkonzert, Festzug und Festkonzert im Rathaus am 21. bestehen. Mit großer Mehrheit wurde die Aufnahme gemischter Chöre beschlossen. Als neue Mitglieder wurden die M. G. V. Staupitz und Hohndorf aufgenommen.

Zörgau. (Zu dem Vaterland in Zörgau.) Die Obduktion der Leiche des ermordeten Fleischermeisters M. hat einwandfrei ergeben, daß der Tod durch den mit einem Stock ausgeführten Schlag eingetreten ist.

Zörgau. (Weibe einer Kirche.) Am gestrigen Reformationsfest fand die feierliche Einweihung der Luthergedächtniskirche im Schloß Gartenfels statt. Die daran Teilnehmenden verammelten sich vormittags 10 Uhr in der Stadtkirche und zogen von hier aus in geschlossenem Zuge vor das Portal der Schloßkirche. Aus dem Schloßhof erklangen die Weilen eines von der Reichsmusiktruppe gespielten Chorales. Vor dem Portal der Schloßkirche erfolgte dann der feierliche Akt der Schlüsselübergabe. Unter den Orgelklangen zog die Festgemeinde dann in das neu hergerichtete Gotteshaus ein. Mit der Weibehilfe von Johann Walter, komponiert für die Einweihung der Schloßkirche 1544, Teil 1 und 5, vorgetragen von dem Stadtbund der Marienkirche unter Leitung von Studententubistin Wähgung, wurde die Einweihungsfeier eingeleitet. Nach dem Eingangspruch, Gebet und der Schriftlesung hielt Generaluperintendent Schumann die Weibepredigt, der er den Text aus dem 2. Brief des Paulus an die Korinther, 9. Kapitel 15. Vers. „Gott aber sei Dank für seine unaussprechliche Gnade“ unterlegte. Generaluperintendent Schumann sprach anschließend das Weibebet und den Weibepredigt. Das Grußwort der Provinzialsynode überbrachte Konfessionar Professor Dr. Dr. Eger-Halle. Die Festpredigt hielt von der Lutherinsel

herab der Vizepräsident des Coangelischen Oberkirchenrates, D. Burghardt. Mit einer kurzen liturgischen Anrede und dem Worte „Herr Gott, dich loben wir“, wurde die Einweihung beendet.

Wittenberg, 28. Oktober. Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Zörgau wurden in Wittenberg die Vorgänge verhandelt, die sich am 3. Juli 1932 anlässlich der Rückkehr von Nationalsozialisten von einer Tagung in Dessau in Wittenberg abspielten. Angeklagt waren 5 Arbeiter aus Wittenberg, Kleinwittenberg und Wietitz, die beschuldigt waren, an einer öffentlichen Zusammenkunft in Wietitz teilgenommen zu haben, bei der Redner in der Anschuldigung ihres Amtes widerhandelt worden. Ferner wurde an einem durchlaufenden Annaburger Postauto die Scheibe durch einen Steinwurf zertrümmert. Der Anführer soll dabei der Arbeiter Friede, Kampf aus Wittenberg gewesen sein. Nach längerer Verhandlung, in der etwa 17 Zeugen vernommen wurden, fällt das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte Kampf wird wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Vergehen gegen § 115 Abs. 1 RStGB. — Aufzucht — zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und einer Woche Gefängnis verurteilt; die übrigen Angeklagten werden wegen Vergehen nach § 115 Abs. 1 RStGB. — Aufzucht — verurteilt und zwar: Paul Raufoss zu acht Monaten Gefängnis, Rich. Raufoss und Weibung zu je 6 Monaten Gefängnis, Thob zu 7 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

Jahna, 29. Oktober. (Schlimm!) Gestern vormittag wurde zwischen den Eisenbahndiensten unweit der früher Goerremanngasse Fabrik die völlig zerstörte Leiche eines jungen Mannes aufgefunden. Die Feststellung der Personalien ergab, daß der Tote der 23jährige Kantongestelle Ernst Tuschmann aus Dresden war, der bei der hiesigen Zweigniederlassung der Allgemeinen Kreditbank beschäftigt war. Es liegt offenbar Selbstmord vor, über dessen Beweggründe noch nichts bekannt ist.

Elbenburg. (Eine lustige Verwechslung.) Hier fanden Wahlversammlungen der Deutschnationalen und der Demokraten statt. Beide Parteien hatten ihre Redner von auswärts bestellt. Der Vereinsvorsitzende der DNVP hatte sich im Kraftwagen zum Bahnhof begeben, um seinen Redner namens Schulze, den er aber nicht konnte, abzuholen. Am Bahnhof stand bereits der demokratische Redner, der darauf wartete, von dem hiesigen Vorsitzenden der Demokraten, der gleichfalls den Namen Schulze hatte, abgeholt zu werden. Der deutschnationale Vorsitzende hielt den demokratischen Redner für seinen Parteifreund, schritt auf ihn zu und fragte: „Herr Schulze?“ Der Angeredete, der das Wort Schulze hörte, glaubte, daß der andere sich vorge stellt habe, brühte ihm erfreut die Hand. Beide begaben sich zum Kraftwagen und führten zur deutschnationalen Verammlung. Schon unterwegs ergab sich, daß die politischen Ansichten beider Herren trotz „gemeinsamer Parteizugehörigkeit“ recht unterschiedlich waren und man sich gegenseitig groß an. Aber erst im Versammlungslokal stellte sich heraus, daß der Vorsitzende den falschen Redner erwählt hatte. Man war großzügig genug, sich beiderseits mit Humor in die Lage zu finden. Der Deutschnationale lud seinen Demokrat wieder auf das Auto und brachte ihn zum demokratischen Versammlungslokal. Dann holte er seinen eigenen Redner zum Bahnhof, der dort geduldig gewartet hatte.

Wittenberg. (Zwei tödliche Unglücksfälle.) Gestern abend gegen 11 Uhr verunglückte der in den 40er Jahren stehende Reichsbahnassistent Jahre aus hiesigen Bahnhof tödlich. Als er im Begriff stand, den Zug nach Halle zu besteigen, muß er festgetreten sein und fiel unter die Räder, wobei ihm beide Oberextremitäten abgefahren wurden. Er starb an diesen schweren Verletzungen bald. — Der zweite tödliche Unglücksfall betraf einen Dachbedeckungsarbeiter einer hiesigen Firma. Der junge Mann war mit Dachreparaturen beschäftigt und kam dabei mit der Starkstromleitung in Berührung. Stundenlange Wiederbelebungsversuche waren vergeblich.

Der Bund Königin Luise hatte über 1000 Führerinnen zu einer Tagung nach Halle zusammengeführt. Gottes Will', unser Ziel, unter diesem Leitpruch stand die Tagung. Der Bundesstanzler Major Wagener überbrachte die Grüße des Stahlhelms. Warrer Gasse-Halle sprach ebenso wie Dr. Scharf über je eine der Gastesströmungen, die schadenbringend hindurchziehen durch das aufgewühlte Leben deutscher Völkerei. „Wenn der Mann das Briefertum freiließ, darf die Arbeit der Frau danebenstehen“, mit diesen Worten ehrte Schriftsteller Hans Schwarz die Arbeit des Bundes Königin Luise, seinen Kampf um die Bildung der Volksgemeinschaft, die in den Worten sich erfüllt: „Alle sind für einen und einer ist für alle schuldig.“ Von Serzen fommend, rührten die schönsten Worte einer Landesführerin mit dem Thema „Mutter und Volkstum zugleich“ die Anwesenden und dann gab August Winnig in seinem Vortrag „Die Stellung des Arbeiters in der deutschen Volksgeschichte“ einen Einblick in das Werden und Schernewort deutscher Volksgeschichte. Warme Worte der Verbundenheit waren der Abschiedsgruß der Bundesführerin an ihre Führerinnen.

Weißer Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weissen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

- Markt-Salender.
2. Noobr.: Schweinen. in Prettin, Schweinen. in Schönevalde, Schweine und Fleischmarkt in Herzberg.
 4. Noobr.: Schweinen. in Holzdorf.
 5. Noobr.: Pferden. in Jelen.

Swastika Czarowski kommt! Swastika

und spricht am **Mittwoch**, dem 2. November 1932, 20 Uhr, im „**Goldenen Ring**“ über das Thema:
Wem folgt das Volk, dem Herrenklub, den Arbeitverrättern oder der deutschen Freiheitsbewegung?
 Unkostenbeitrag 10 Pf. Erwerbslose und Rentner frei!
N. S. D. A. P., Ortsgruppe Annaburg.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zu unserer Vermählung danken wir auch im Namen unserer Eltern herzlichst
Erich Busch und Frau
 Hedwig geb. Hanisch
 Col. Naundorf, den 29. Oktober 1932.

Mittwoch früh empfehlen wir:
frisch. Schellfisch
und Rabliau
 Billigst!
Thams & Garfs Niederlage
 S. Wollschläger, Torgauer Straße 21.

Polizeiliche An- und Abmeldeschreine
 und vorrätig in der Buchdruckerei S. Steinbeiß.

Für Damen und Kinder!
 Schlüpfer, Prinzgrüde, mit angerautem Futter Herren-, Damen- und Kinder-Henden, sowie sämtl. Normal-Unterzeuge
 Barhant-Verlaken u. Schlafdecken Herren-, Damen- und Kinder-Sportwecken
 Knaben-Strickanzüge
 Ferner meine bekannten **B. S. B.-Damenstrümpfe**
Seb. Schimmeyer.

Hand-Weiterwagen
 in allen Größen zu haben bei
J. G. Fritzsche, Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Dreitum-Mäntel



Velour- u. Woll- jugendlich-sportliche Form mit Lamm-Bubikragen
 Mod. fließgeschnit- tener Mantel aus Diagonal-Bauclé, m. Bleuté-Krawatte
 Jugendl. Mantel, reinw. Bauclé-Diagonal, m. echt. Halb-persianer-Krawatte
18.- 28.- 38.-
ALLEIN-VERKAUF:
Carl Quehl

1933
 Torgauer Kreis-Kalender
 Köhler's Deutscher Kalender
 Köhler's Flotten-Kalender
 sind erschienen und zu beziehen durch
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Damen-Chor
 Mittwoch 8 Uhr
Männer-Chor
 um 8.30 Uhr
Gesangstunde.
 Pünktlich und vollzählig erscheinen.

Das große
3500
 Mark
Preisaußschreiben
 um die **NAUMANN-NÄHMASCHINE**
 Aufgepasst! Auch Sie können eine dieser wundervollen Naumann-Nähmaschinen gewinnen. Beteiligen Sie sich an dem lustigen Naumann-Preisaußschreiben! Bedingungen erhalten Sie kostenlos bei:

Hermann Meyer sen.

Sonder-Angebot!
 Einen großen Kegel
reine Kernseife
 und 3 Stück Badeseife **95 Pf.**
 zusammen nur
Drogerie und Photohaus
O. Schwarze, Annaburg.

Am Donnerstag von 7 Uhr ab
frische Seefische
 in stammer Eispackung:
 Rabliau, Dstl. Goldbarsch Fischfilet o. Gläten } zu den billigsten Tagespreisen
J. G. Fritzsche.

Fensterglaspapier empfiehlt **Herm. Steinbeiß.**

Für 27.-Mk.
 den eleganten
Herren-Mantel
 tadellos in der Verarbeitung, gediegen und mollig in Stoff und — den Zeiten entsprechend — preiswerter denn je!
Herren-Sacco-Anzüge
 von 18.— Mk. an
 Die elegante
Damen-Garderobe
 zu bekannt billig. Preisen
Ernst Peschke
 Ackerstraße 16
 Das Haus der guten Qualitäten!

So soll Ihr Wintermantel sein

Garantie
 für Bedienung mit feinsten Tabakerzeugnissen kann Ihnen nur der **Fahmann** bieten. In meinem **Cigarren-Spezialgeschäft** werden Ihnen nur gepriesene erstklassige Fabrikate geboten. Hier erhalten Sie höchsten Gegenwert für Ihr Geld. Größte Auswahl auch in **Cigaretten, Tabaken und Pfeifen** hält stets das **zuverlässige Fachgeschäft**
Louis Hofmann.

Erwarte **Mittwoch** früh:
schellfisch, Goldbarsch, Fischfilet
 in dicker Eispackung u. zum billigsten Tagespreis
J. Kästlig's Nachf.
 Inhob.: **Martha Müller**
 Officiere in bekannt guter Qualität:
 Schrankspredapparate
 Kofferpredapparate
 Kinderpredapparate
 Schallböden
 Geigen und Mandolinen
 Plekharmonikas
 Flöten
 Rundharmonikas
 Klappen und Säfte
 Geigenbogen
 Mandolinblätterchen
 und Saiten
 Violin-Silber- und Darm-Saiten
 30 30 (Kleckerkreisel) 10 Pf.
Marta Stein.

Frauen-Verein
 Donnerstag d. 3. Novbr. abends 8 Uhr im Siegeskrans (Vindro).
Eine Drei- oder Vier-Zimmer-Wohnung
 zum 1. Dezember oder später zu vermieten.
Winkler, Torgauer Str. 21
 Heute, Dienstag, und morgen, Mittwoch, steht auf dem Kleinbahnhof eine **Leidung**
prima Nessel
 sehr billig zum Verkauf.
Luschmann.
Eine Kuh mit Kalb
 steht zum Verkauf
Mühlenstr. 31.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg



Die Industrie zum Wirtschaftsprogramm.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt unter Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eine Sitzung ab. Nach Referaten von Dr. Silberberg, Direktor Kraemer, Dr. Gele und Geheimrat Aske beschloß das Präsidium die Einbringung zweier besonderer Ausschüsse. Der eine soll an der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz unter dem Gesichtspunkt der deutschen industriellen Interessen mitwirken, der andere soll sich mit dem Problem der deutschen Auslandserwirtschaftung und insbesondere der Vorbereitung der weiteren Stillhalteverhandlungen befassen. Es kam während der Ansprache zum Ausdruck, daß es der Reichsverband als eine ernste Pflicht seiner Mitglieder ansehe, alle in dem neuen Wirtschaftsprogramm liegenden Möglichkeiten erschließen auszunutzen, daß aber auf der anderen Seite auch die Regierung nicht zögern darf, das angeforderte Reformwerk, insbesondere hinsichtlich der Vermögensübertragung der öffentlichen Einnahmen und der einseitigen Zentrierung der öffentlichen Haushalte, beschleunigt und umfassend durchzuführen.

Wachsende Beitragseinnahmen bei den Sozialversicherungsanstalten.

Die Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung sind nach den vorläufigen Feststellungen von etwa 51,3 Millionen Mark im Juli auf 52,2 Millionen Mark im August und auf 55,1 Millionen Mark im September gestiegen. Die Septembererinnahme liegt damit rund 3 Millionen Mark über den bisherigen monatlichen Jahresdurchschnitt. Die Beitragseinnahmen der Angestelltenversicherung liegen von 22,1 Millionen Mark im Juli auf 22,7 Millionen Mark im August und auf 23,3 Millionen Mark im September. Die Beitragseinnahmen in der Arbeitslosenversicherung betragen im Juli 84,8 Millionen Mark, im August 86 Millionen Mark, im September 84,9 Millionen Mark. Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erbrachte im Juli 4,1 Millionen Mark, im August 3,2 Millionen Mark, im September 4,0 Millionen Mark.

Burgfriede zwischen NSDAP, DNVP, und Stahlhelm in Hamburg.

In einer Zusammenkunft der Hamburger Führer der NSDAP, der DNVP, und des Stahlhelms wurde ein Burgfriede beschlossen. Das Abkommen über den Burgfrieden besagt zusammengefaßt: Die Führer der NSDAP, der DNVP, und des Stahlhelms verpflichten sich, sich bei voller Würdigung der sachlichen Interessen mit ihrer ganzen Tätigkeit dafür einzusetzen, daß ein Burgfriede zwischen den drei Parteien geschlossen wird, daß große Störungen der gegenseitigen Vernehmungen unter allen Umständen vermieden werden und daß in der Presse sowie in Flugblättern möglichst alle persönlichen Angriffe, Verleumdungen und Ehrenkränkungen künftig unterbleiben.

Die Verprechung fand auf Veranlassung und unter dem Vorsitz des Generalsekretärs a. D. Feilchen von Scheibour statt. Nach einer Ansprache über den blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelmen in Hamburg am 13. Oktober wurde das Burgfriedeabkommen geschlossen.

Wie wir erfahren, ist der bei dem oben erwähnten Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelmen durch die Presse sehr schwer verletzte zweite Kandidat des Stahlhelms, Herr von Scharf, ein Mann, in welchem sowohl die NSDAP, als auch der Stahlhelm, insofern sie sich wieder vereinigen, daß er aus dem Krankenlager entlassen werden konnte.

Oppositionsvorstoß auf der Beamtenbundtagung.

Auf der Berliner Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes fand eine mehrstündige Aussprache statt. Während dabei von Vertretern einer ganzen Reihe von Unterverbänden die Unterzeichnung des Gewerkschaftsauftrufes vom 20. Juli mehr oder weniger gebilligt wurde, vertrat ein Sachverständiger der Opposition, Dr. Küber, den Standpunkt, daß mit der Unterzeichnung dieses Aufrufes die parteipolitische Neutralität des Bundes in schwerster Weise verletzt worden sei. Schon die bloße Teilnahme an einer Aktion der politischen Art gegen die Regierung von Papen eingestellter Gewerkschaften bedeute einen Bruch der politischen Neutralität, daß nur eine grundlegende Änderung in der Richtung der Führerrollen den Verfall des Bundes aufhalten könnte. Nur so werde es möglich sein, zu der NSDAP in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Die angeführten Führer des Bundes als die Vertreter einer Zeit, die in der formalen Demokratie das Mittelstück verloren haben, seien nicht mehr, und die letzte Zeit der Beamten gegenüber ständen Änderungen der politischen Auffassung vollzogen hätten.

Die Beschlässe des Deutschen Beamtenbundes.

Unabhängig parteipolitische Neutralität. Der Bundesrat des Deutschen Beamtenbundes nahm am letzten Verhandlungstage die Bestimmungen über die jährlich vorliegenden Beiträge vor. So wurde einer Entschliegung fast einstimmig zugestimmt, in der noch einmal der Grundgedanke der parteipolitischen Neutralität des Deutschen Beamtenbundes mit Nachdruck betont und seine gewerkschaftliche Befolgung verlangt wird. Diese Entschliegung hat ihre Grundlage in Vorklagen anlässlich des Gewerkschaftsauftrufes vom 20. Juli, in dessen Verfolg eine Maßregelung und die Amtsenthebung einer Reihe von Personen verlangt wurde. Der von einem Vertreter des Bundes technischer Beamten eingebrachte Antrag, der Bundesleitung die Vertrauen zu entziehen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ferner verwarf der Antrag, der die Entlassung des Bundesdirektors Lenz und des Hauptgeschäftsführers Heßlein forderte, der Ablehnung. Ein weiterer Antrag, der die Amtsenthebung der für die Unterzeichnung des Gewerkschaftsauftrufes vom 20. Juli verantwortlichen Personen forderte, wurde gleichfalls mit großer Mehrheit abgelehnt.

Flügelwider Vorstöße der Deutschen Beamtenbundes.

Am Schluß seiner Verhandlungen nahm der achte ordentliche Bundeskongress des Deutschen Beamtenbundes die Wahl des Bundesvorstandes vor. Das Ergebnis der geheimen Abstimmung ergab die Wiederwahl des bisherigen Bundesvorsitzenden H. J. L. von den 332 abwesenden Stimmen und in weiteren 272 für die Wiederwahl Flügel, 13 Stimmen waren zerstreut und drei unglücklich. Der Rest bestand aus weichen Karten. Der wiedergewählte Bundesvorsitzende nahm die Wahl mit Dankworten an.

Danach wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß durch die Annahme der Neutralitätsentschliegung sämtliche Anträge, die sich auf die Unterzeichnung des Aufrufes der Zeitungsorganisation bezogen und Kritik an der politischen Haltung der Bundesleitung äußern, für erledigt erklärt wurden. Ferner wurde in einer Reihe von weiteren Entschliegungen gefordert: Grundbahiiche Ablehnung von dem Wege, finanzielle Schwierigkeiten durch Schatzleistungen zu beheben, sei erforderlich. Notwendig sei auch eine grundsätzliche Einheitslichkeit in der Besoldung und eine gesicherte, von

Einheitlichen Gesichtspunkten ausgehende Rechtsgrundlage für alle Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden. Weiter wurde die Reichsregierung aufgefordert, die Dietransaktions-Entschliegungsvorbereitung mindestens insoweit aufzuheben, wie sie zunehmender Desorganisation auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung Vorstoß leistet. Gegen die Bestrebungen, Beamte durch im freien Arbeitsverhältnis beschäftigte Personen zu ersetzen, wurde nachdrücklich Einspruch erhoben. Unbedingt festzuhalten sei an dem Grundgedanke der Teilnahme der Beamten am staatlichen Leben als Staatsbürger.

Lebensfragen der Landwirtschaft.

Eine Rede Eugenbergs in Weimar. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Eugenberg sprach in Weimar in einer Wahlkundgebung über Landwirtschaftsfragen. Er betonte dabei n. a. z. Der fest festhalten von mit vertretbarem Gesichtspunkt des Aufbaus der deutschen Landwirtschaft. Der Reichsverband hat das Innerste des deutschen Menschen schon weitgehend erobert. Es gibt im Grunde z. B. in den Städten kaum noch jemanden, der nicht überzeugt ist, daß die Landwirtschaft gerettet werden muß, weil darauf die geordnete Ernährung des ganzen Volkes beruht. Es gibt nur wenige Städte, die den fortgeschritten, immer weitere Ergebnisse erzielenden Reichsverband nicht landwirtschaftlichen Produktion als etwas zu Verfügenbes, Natürliches, Unabänderliches hinnehmen. Aber weiß, daß es so nicht weitergeht. Das ist eine Schicksalsfrage für das Volk, aber auch für jede Regierung, die an seiner Spitze steht.

Wir Deutschnationalen haben schon einmal bewiesen, daß wir dafür in allen unseren Schichten, ländlichen und städtischen, das gleiche Verständnis haben. Wir haben Herrn Schiele als Ernährungsminister im Frühjahr 1930, als wir das Kabinett Brüning der Landwirtschaft wegen nicht sofort fürzten, ein „G. a. n. c.“ gegeben. Als wir einige Monate später kamen, daß seine Verprechungen an die Landwirtschaft sich nicht erfüllen, haben wir entsprechend unserer Grundbeurteilung unsere ganze Kraft gegen das Kabinett Brüning eingesetzt. Auch in Zukunft kann die Landwirtschaft darauf bauen, daß die Deutschnationale Volkspartei die endliche Erreichung des Zieles der Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Lebensmöglichkeit als einen Eckstein ihrer Politik festhält. Sie hat auch das Kabinett von Papen als einen Garant in dieser Politik begrüßt. Sie muß nach allen gegebenen Versicherungen annehmen, daß sie sich darauf verlassen kann und daß auch die Landwirtschaft es kann.

Mit Verognis betrachten wir das Weiden nicht nur der Vieh- und sonstigen Preise, sondern neuerdings auch wieder der Getreidepreise. Der Städter hat seinen Vorteil davon, und der Landwirt wird dadurch ruiniert. Wir vermuten, daß die Regierung hier der Landwirtschaft entgegenübersteht. In jedem Falle kann die Landwirtschaft sich auf die Deutschnationale Volkspartei verlassen: sollte wider alles Erwarten der Fall „Minister Schiele“ sich wiederholen, d. h. sollte auch der gegenwärtige Ernährungsminister und das gegenwärtige Reichskabinett gegenüber der Landwirtschaft unter dem Einfluß einer unfruchtbarsten Volkspartei auf der Seite der Landwirtschaft, nicht um der Landwirtschaft, sondern um des Volkes willen, dessen Dasein durch eine Politik bedroht wird, bei der die Landwirtschaft zugrunde geht.

Der Bericht, daß Oberpräsident von Sülzen für die Verwirklichung des Verhältnisses zwischen Land und Stadt zu tun hat, wird ausdrücklich für falsch erklärt. Von Sülzen würde auf seinem Oberpräsidentenposten in Hessen-Nassau bleiben.

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Wie schön, wir märchenhaft schön ist diese Nacht!“ sagte Peter endlich. „Überall ist Frühlings, überall Schönheit. Und du selbst, Susse, bist wie der Frühlings, so zart und so geheimnisvoll. Wie du da bei mir stehst — wie eine zauberhafte Elfe, die auf einen Augenblick zu mir gekommen ist, mir eine glückliche Stunde zu schenken. Dann, wenn die Gestirne darüber vorüber ist, will diese Elfe wieder verschwinden.“

„Peter, du sollst nicht so sprechen — hörst du? Ich bin keine Elfe, ich bin ein Mensch von Fleisch und Blut, eine arme, schwache Frau, die unerbötig glücklich ist, bei dir sein zu dürfen. Die dich lieb hat — so lieb, daß sie es gar nicht fagen kann.“

„Das weiß ich, Kind. Deshalb ist es auch über mich gekommen, deshalb bin ich von meiner Arbeit aufgefangen, so wichtig sie auch ist. Deshalb lieb ich diese Briefe liegen, die morgen mit der frühsten Post unbedingt hätten fortgehen sollen.“

„Aber — ich muß es gestehen — ich hatte plötzlich so ein Angstgefühl, so große Sorge um dich, daß es mich zu dir trieb, daß ich alles andere im Stich ließ, um zu dir zu gehen, um deine Welt, mein großes Glück.“

„Was es nicht, als ob Susanne plötzlich aufgeschreckt hätte?“

„Sie war ans Fenster getreten; das Mondlicht fiel auf ihre Gestalt, auf die Fülle der dunkelsten schwarzen Haare, das sie wie ein Mantel umgab.“

„Dann wandte sie sich zu ihrem Manne zurück.“

„Nimm zu mir, Peter, hierher ans Fenster! Ich muß dich sehen können, dein liebes Gesicht — oh, du...“

„Pösiglich hielt sie inne. Der Augenblick stand vor ihrer Seele, in dem sie sich dem anderen versprochen hatte. War

das, was sie da trieb, nicht Frevl? Wäre es nicht das Beste, wenn sie jetzt Peter alles beichtete?“

„So schnell, wie der Gedanke aufgetaucht war, verschwand er wieder. Wusste sie nicht, was ihr Mann gesagt hätte? Daß er die Tür öffnen, die schuldbeladene Frau hinausweisen würde? Sie durfte sich nicht ihr Glück zerstören; sie mußte alles auf sich nehmen, um Peter zu behalten.“

„Liese schmiegte sie sich an ihren Mann, der neben sie getreten war.“

„Ich liebe dich, Peter, wie nur je ein Weib zu lieben vermag. Du mußt mir das glauben...“

„Ich weiß es, Liebchen, und ich bin so glücklich darüber. Ich gebäre dir, mit meinem ganzen Sein, so wie du mir gehörest. Nichts kann uns trennen als der Tod.“

„Aber jetzt fort mit den trüben Gedanken! Noch leben wir, noch sind wir glücklich...“

Die Nacht verging. Im Osten rötete sich der Himmel, der Tag brach an, ein schöner, offener Frühlingsstag.

„In strahlende Sonne gebietet, lag der Heidehof da. Auf der Terrasse, im warmen Sonnenlicht, saßen die Ehegatten am Frühstückstisch. Eine friedliche Stille herrschte ringsumher.“

„Da kam der Diener und brachte ein Telegramm. Peter rief es auf.“

„Wie ärgerlich! Ich muß pösiglich fort, nach Haltenberg. Rainer telegraphiert mir, daß er heute dort ist und daß wir am besten unsere geschäftlichen Fragen dort ausmachen können. Es handelt sich um den Zuschuß, der wohl doch, Susanne, ich habe dir schon davon erzählt. Die Sache ist für mich ziemlich wichtig, und es ist mir wohl nichts anderes übrig, als hinüberzufahren.“

„Vormittags hat der Rainer für mich aber sicher keine Zeit, da fahre ich halt nach Tisch weg, und es kann Mitternacht werden, bis ich wieder zu Hause bin.“

„Es tut mir nur leid, Liebes, daß du so lange allein bist. Aber vielleicht machst du irgendwo Besuch in der Nachbarschaft; ich nehme den großen Wagen, da steht dir das Kabinett zur Verfügung, mit dem du so gern fährst.“

„Nein, nein, Peter, ich glaube, ich bleibe lieber zu Hause. Am liebsten würde ich mit dir mitfahren.“

„Du weißt, Kind, wie froh ich bin, wenn ich dich mit mir habe. Aber es werden langwierige Verhandlungen werden, und Rainer, der wird dir nicht besonders gefallen — er ist gerade kein Bader.“

„Aber ich verspreche dir, Kind, mich mit meiner Vormittagsarbeit möglichst zu befreien, daß wir vor Tisch noch eine Stunde zusammen sein können.“

„Dann erob er sich, um seiner Arbeit nachzugehen.“

„Susanne blieb mit vollkommenem Herzen zurück.“

„Es war vor dem Mittagessen, Peter und Susanne saßen auf einer schattigen Bank im Park, in erfrischter Unterhaltung.“

„Da kam der Diener und meldete Herrn Sagenheim.“

„Susanne strömte alles Blut zum Herzen. Was hatte er hier zu suchen? Was hatte dieser pösigliche Besuch zu bedeuten?“

„Das Ehepaar stand auf, seinem Gast entgegenzugehen.“

„Entschuldigend Sie, meine Herrschaften, den Unbesinnlichkeit! Ich hatte in der Föhrerei zu tun, und da wollte ich nicht vorübergehen, ohne Ihnen meinen Tag zu sagen.“

„Onkel Amann würde es mir nicht verzeihen, wenn ich diese Unterlassung begehen würde.“

„Mein lieber Herr Sagenheim“, antwortete Peter Seiden, „wir entschuldigen nicht nur, wir freuen uns sehr über Ihren Besuch. Und ich habe sogar eine ausgezeichnete Idee.“

„Ich muß heute nachmittag in unaussprechlichen Geschäften nach Haltenberg und habe mir schon Sorgen gemacht, meine Frau so lange allein zu lassen. Da trifft es sich herrlich, daß Sie gekommen sind. Wir telefonieren nach Haltenberg hinüber, daß Sie zu Tisch bei uns bleiben, und Sie haben sicher nichts dagegen, einige Stunden des Nachmittags meiner Frau Gesellschaft zu leisten — nicht wahr?“

„Oh, da brauchen Sie doch nicht so fragen, Herr Heiden. Ich bin entzückt von dem Gedanken, bei der gnädigen Frau bleiben zu dürfen.“ (Fortsetzung folgt.)

Steuerkalendar für November.

5. November; Reich: 1. Abfertigung der für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober einbehaltenen Steuerabzüge vom Arbeitslohn. Wenn im Überweisungsverträge die bis zum 15. Oktober einbehaltenen Beträge 200 Mark nicht übersteigen haben, Überweisung für die Zeit vom 1. bis 31. Oktober. Dazu 2. Lohnsteuer, soweit sie im Überweisungsverfahren einbehalten ist, und 3. Abgabe für Arbeitslosenbeiträge, soweit sie an die Finanzämter abzuführen ist. (Für nicht krankversicherungs- und nicht arbeitslosenversicherungsspflichtige Arbeitnehmer.) 4. Bürgersteuer 1932 der Lohnsteuerpflichtigen, soweit sie in dem betreffenden Land oder der betreffenden Gemeinde für 1932 erhoben wird, und zwar für die Lohnzahlungen vom 16. bis 31. Oktober; ferner auch für die Lohnzahlungen vom 1. bis 15. Oktober, wenn die einbehaltende Bürgersteuer weniger als 200 Mark beträgt oder an auswärtsigen Gemeinden abzuführen ist. 5. Abmeldung der Salzmeinen, für die die Steuerpflicht im Oktober entfallen ist.
10. November; Reich: Umfahneueranzahlungen und Voranmeldungen für Monatszahler (Schonfrist bis 17. November). 2. Bürgersteuer für Oktober 1932. 3. Bürgersteuer 1932 für veranlagte Steuerpflichtige, soweit sie von dem betreffenden Land oder der betreffenden Gemeinde befreit sind. — Preußen: Bier- und Getreidesteuern.
15. November; Reich: 1. Einkommensteuervorauszahlung der Landwirte in Höhe der Hälfte der im letzten Einkommensteuerbescheid festgestellten Jahressteuerpflicht, soweit nicht auf Grund der Verordnung vom 8. Mai 1931 über die landwirtschaftliche Einkommensteuer die Einkommensteuervorauszahlung abgefallen ist. 2. Zuschlag zur Einkommensteuer für Einkommen über 5000 Mark für Landwirte. 3. Zuschlag für Ausschüttungsglieder, die Landwirte sind. 4. Lohnsteuer für Landwirte. 5. Vierteljahresrate der Vermögenssteuer. Sonstige: die die Gemeindezuschläge zur Grundvermögenssteuer (zum Teil andere Termine). 3. Gewerbeertragsteuer für das dritte Quartal des Rechnungsjahres 1932. 4. Hauszinssteuer. 5. Teile von Preußen: Lohnsummensteuer für Oktober 1932 nebst Erklärung über Höhe der Lohnsumme und Zahl der Arbeitnehmer.
20. November; Reich: 1. Abfertigung der für die Zeit vom 1. bis 15. November einbehaltenen Steuerabzüge vom Arbeitslohn; 2. Markenverfahren; desgl. im Überweisungsverfahren, wenn die vom 1. bis 15. November einbehaltenen Lohnbeträge 200 Mark übersteigen. Dazu 2. Lohnsteuer, soweit sie im Steuerabzugsverfahren einbehalten ist und 3. Abgabe für Arbeitslosenbeiträge, soweit sie an die Finanzämter abzuführen ist. 4. Bürgersteuer 1932 der Lohnsteuerpflichtigen, soweit sie in dem betreffenden Land oder der betreffenden Gemeinde für 1932 erhoben wird, und zwar für die Lohnzahlungen vom 1. bis 15. November, wenn die einbehaltende Bürgersteuer mehr als 200 Mark beträgt, und die Abfertigung nicht an eine auswärtsige Gemeinde zu erfolgen hat.
25. November; Reich: Zahlung der Salzsteuer für Oktober 1932.

Der Untertrag der „Niobe“ vor dem Kriegsgericht.
Sie. In der ersten Novemberwoche findet vor dem Gericht der Militärkassationsinstanz in Kiel die Gerichtsverhandlung gegen den Kommandanten der in der Vergangenheit Gesessenen „Niobe“, Kapitänleutnant Mühlentropfen, statt. Der Termin liegt noch nicht fest, da sich der Gerichtspräsident, Kommandant Kolbe, zur Zeit an Bord der „Königsberg“ auf See befindet.

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann
Copyright by Martin Fouchtwanger, Halle (Saale)

„Nun also, dann will ich gleich an den Apparat gehen.“
Vieleicht, daß Ihr Urteil auch zur Kaffeestunde herüberkommen kann.“
Peter wollte gehen, da hielt Susanne ihn zurück. Sie war untröstlich, als er hörte, um was es sich handelte.
„Sie wissen, wie gern ich immer zu Ihnen komme, Frau Susanne. Und es muß schon etwas ganz Unausführbares sein, was mich davon zurückhalten kann, Ihrer Einladung zu folgen. Heute geht es unter keinen Umständen; der Steuerrevizor hat sich angefangen, und ich kann ihn nicht mehr erreichen, selbst wenn ich ihn abjagen wollte. Und umsonst kann ich den armen Mann den weiten Weg nicht machen lassen, ganz abgesehen davon, daß er schließlich befreit ist und die nächsten Wochen wohl kaum mehr Zeit für mich hätte.“
Sie sehen das alles doch ein, Frau Susanne — nicht wahr? Und dann, Sie haben an Gans ja gute Vertretung für mich, Sie werden in seiner Gesellschaft mich allen Gelegenheiten nicht auszuweichen vermögen.“
Susanne blieb, als sie das Telefon eingehängt hatte, einige Augenblicke regungslos stehen. Das Schicksal wollte sie verdammen. Zufall reichte sich an Zufall, damit sie ihrem Verfolger ausgeliefert blieb.
Beim Mittagessen zwang sich Susanne zu einer lauten

All Heil!

Seine Bekämpfung der Fahrader.

Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß sich ein „Konfession zur Förderung der Radfahrerinteressen“ bei der Reichsregierung für die Einführung eines Nummernschildes, einer Zwangsversicherung gegen Kaskofehl, eines Urprungszeugnisses und einer Verwaltungsgebühr eingesetzt habe.
Der Reichsverkehrsminister stellt mit, daß er derartige Befragungen nicht unterstützen werde, da deren Verwirklichung eine viel zu große Belastung weiter, auf das Fahrrad angelegener Volkseisen mit sich bringen würde. Erst 1922 sei zur Erleichterung des Fahrradverkehrs die Kaskofahrer abgeheftet worden.

Nah und Fern

Ein russischer Student besichtigt die Berliner Staatsbibliothek. In der Berliner Staatsbibliothek wurde ein russischer Student festgenommen, der schon seit geraumer Zeit Bücher der Bibliothek beschlagnahmt hatte. Der Student, Sobin, eines früheren hohen russischen Offiziers, war verurteilt und mußte sein Studium aufgeben. In der Folge betätigte er sich als Schriftsteller und schrieb für auswärtige Zeitungen Wirtschaftskorrespondenzen. Das Material dazu verschaffte er sich aus den Büchern der Staatsbibliothek, aus denen er ganze Seiten herausriß.

Schweres Verkehrsunfall in Dresden. In Dresden ließ ein Straßenbahnwagen mit dem Wagen einer Spektationsfirma zusammenstoßen. Ein junges Mädchen geriet zwischen die beiden Fahrzeuge und wurde sofort getötet. Der Wagenführer floh infolge des Anpralles durch die Scheibe des Führerhauses des Straßenbahnwagens und erlitt schwere Verletzungen. Außerdem wurden mehrere Fahrgäste der Straßenbahn verletzt.

Selbstmord mit vergifteten Pralinen. Der angelegte Mord an dem Wohlwollenden Erich Hennemeier in Chemnitz ist jetzt aufgeklärt worden. Wie das Polizeipräsidium Chemnitz mitteilt, besaß nach den bisherigen Ermittlungen kaum noch ein Zweifel daran, daß Hennemeier seinem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Er hat Selbstmord begangen, indem er mit Zuckersaft präparierte Pralinen vergiftet hat. Hennemeier soll an einer schweren Krankheit gelitten haben.

Waffenfund bei dem Dimitrow-Mörder. In der Wohnung des Kaufmanns Schürmer in Matersdorf in Chemnitz, der den Bulgaren Dimitrow ermordet hat, wurde durch Kriminalbeamte eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Dabei wurden mehrere Koffer mit Waffen sowie einige tausend Schuß Munition gefunden.

Todesurteil gegen die Mörder eines Schulmädchens. Das Schulgericht in Hannover verurteilte den 34jährigen Arbeiter Willi Buchein aus Hinteil wegen Mordes zum Tode und wegen Zittlichkeitsverbrechens zu fünf Jahren Zuchthaus. Buchein hatte die 12jährige Schülerin Magdalena Hartmann in einen Abtand gelockt, sich schwer an ihr vergangen und ihr dann den Hals durchgeschnitten.

Brillantenraub in Paris. Ein Kaufmann aus Antwerpen wurde im D-Zug Köln-Frankfurt a. M. ein Brillantenraub mit über 200 Brillanten im Werte von 16.000 Mark gestohlen. Der Kaufmann war in einem Abteil dritter Klasse eingeklinkelt. Dabei wurden ihm von einem Unbekannten die wertvollen Steine aus der Tasche geholt, ohne daß er etwas merkte. Von dem Diebe fehlt jede Spur.
Goetheausstellung in Paris. In der Pariser Nationalbibliothek wurde in Anwesenheit zweier französischer Minister und des deutschen Geschäftsträgers Dr. Forster eine Goetheausstellung eröffnet. 42 Museen, darunter zahlreiche deutsche Sammlungen und 73 Privatmuseen, haben ihre Goethegaben beigegeben, um das Gedächtnis an Goethe in würdiger Weise zu ehren.

Ein Loter, zehn Schwerverurteilte bei einem Autoanfall. Zwischen Marielle und Anaton ereignete sich

Fröhlichkeit. Ihr Mann durfte nichts von den Stürmen ahnen, die sich in ihrem Innern abspielten. Er war glücklicherweise so ins Gespräch mit Sagenheim vertieft, daß er nicht merkte, daß Susanne so gut wie nichts zu sich nahm.

Kaum war das Maß beendet, als Peter aufstand.
„Du mußt mich entschuldigen, Susanne, und auch Sie, Herr Sagenheim. Aber ich muß gleich aufbrechen; der Weg nach Rastenberg ist weit, und es ist möglich, daß die Verhandlungen mit Malner sehr lange dauern; außerdem will ich gleich auf der Bank einiges erledigen, was immer längere Zeit in Anspruch nimmt. Es wird wohl Mitternacht werden, bis ich zurück bin.“

Jedenfalls bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Sagenheim, daß Sie sich meiner Frau annehmen wollen; ich gehe viel leichteren Herzens fort, da ich sie in Ihrer Gesellschaft weiß.“

Peter Heiden wandte sich zu seiner Frau. Er küßte sie auf die Stirn. „Also, Kind, Lebe wohl! Und sei recht vergnügt heute nachmittag. Bis ich nach Hause komme, wirst du wohl schon schlafen.“ Er nahm ihre beiden Hände, um sie zu küssen.

„Ach, Peter — mußt du wirklich weg? Und wenn du mich nur mitnehmen könntest!“ Jitternde Angst sprach aus den Worten Susannes.

Er war fast ein wenig ungeduldig, als er antwortete: „Kind, du bist heute so tömisch. Du weißt doch, daß es unaussprechbare Dinge sind, die mich nach Rastenberg rufen. Und mitnehmen kann ich dich auch nicht, du würdest dich nur langweilen und so müde werden, daß du mir bis Mitternacht zusammenklappen würdest.“ — Also, sei vernünftig, Susanne! Du wirst sehen, wie schnell dir die Zeit vergehen wird, in so angenehmer Gesellschaft.“

Er küßte noch einmal die Stirn seiner Frau, drückte Sagenheim die Hand; dann verließ er das Zimmer. Susanne eilte ans Fenster, ihm nachzusehen.
Tränenden Auges sah sie ihn durch den Garten schreiten, dem Wagen zu, der vor dem Portal stand. Er stieg ein und setzte sich ans Steuer. Dann löste er die Bremse, gab

ein schmerzliches Autogramm. Ein mit etwa 15 Personen besetzter Automobilbus geriet auf der durchkästigen Landstraße ins Rutschen und überdrehte sich. Ein Reisender wurde auf der Stelle getötet, während zehn andere Insassen zum Teil lebensgefährliche Verletzungen davontrugen.

Schlimmans Witwe gestorben. In Athen ist die Witwe des berühmten deutschen Archäologen Heinrich Schlimmann, Frau Sophie Schlimmann, gestorben. Frau Schlimmann war von Geburt Griechin und hat ihren Gatten bei seinen Ausgrabungsarbeiten in Troja und Myken erfolgreich unterstützt.

Gronau voraussichtlich nächste Woche in der Heimat. Das Flugboot Gronaus ist in Karakoff gelandet. Mit dem Eintreffen der Weltflieger in der Heimat ist schon für die kommende Woche zu rechnen.

Funke-Ecke

Mittwoch, den 2. November:

Deutsche Welle 1635.

9:30: Vespertagungsstunde für Unbeschäftigte. * 10:10: In einem Patrierhaus in Danzig. * 12:05: Altesleben 1932. * 14:45: Krimbeater. * 15:45: Frauenleben. * 16:00: Die Stellung der Unterrichtsminister im höheren Schulwesen. * 16:30: Nachmittagskonzert. Hamburg. * 17:30: Nathan Söderblom und sein Weltverständnis. * 18:00: Gabons (Niederlande mit Schallplatten). * 18:30: Volk und Waise. * 18:55: Englischer Sprachunterricht. * 19:35: Aus der Praxis des neuen preussischen Schulrechts. * 20:00: Aus Wien. „Jedermann“ von J. v. Hofmannsthal. * 21:10: Aus Stuttgart: Das Bühnen-Trio spielt. * 22:30: Aus der Luens-Gall, London: Velafazs Fest. Oratorium vom W. Walton.

Donnerstag, den 3. November:

Deutsche Welle 1635.

10:10: Fränk Tage Quartier im Reheparatur. * 15:00: Musikalische Kinderkonzerte. * 15:45: Wiese und Gräben des Schuljahres. * 16:00: Pädagogischer Funke. * 16:30: Nachmittagskonzert Berlin. * 17:30: Das ungarländische Deutschum und seine Zersplitterung in Ethnographen. * 18:00: Wirtschaftskorrespondenz und berufliche Erziehung. * 18:30: Die deutsche Dichtung vor dem Weltkriege (1890-1914). * 19:00: Der Wert der Bodenunterirdung. * 19:25: Wegweiser durch die Zeit. * 19:40: Zeitdienst. * 20:00: Aus Frankfurt. * 21:45: Aus Berlin. * 22:30: Aus dem Zoo: Schlachtfeierball der Berliner Feuerweh. Tanzmusik.

Mittwoch, 2. November:

8:15: Chr. Mohr: Die Gansbalkartikel. * 15:00: M. Stecher und A. Strab: Das höhere Heimatsmuseum. * 16:00: Altesleben Kurzeil für kleine und größere Hörer. Mitw. Gertr. Selbwohl, Wera Nitzsch, Dr. L. Prinz, G. Baumgarten. Zeit: Dr. S. Vogel. * 17:10: Schulbuchausstellung. * 18:10: Das gute Buch. * 18:55: G. Smigelski und E. Langen: A. Parini: Nationalität. * 18:55: Wir geben Auskunft. * 19:05: W. Fischer: Aufgaben und Organisation der Verbrauchervereinigungen. * 19:30: Jüngere Erträge von ihrem Vater H. Stamm. * 20:00: Abendkonzert. * 20:10: Musikalische Unterhaltung. * 20:30: Tabelle Dresden. Zeit: Generalmusikdir. R. Busch. * 20:30: Maria Sachs, J. Dahmen, A. Heise, A. Bräunling, U. Würmmer. * 21:15: A. v. Weiber: Bild in die Zeit. * 21:30: Liederabend. * 21:45: A. v. Weiber: Bild in die Zeit. * 21:30: Liederabend. * 21:45: A. v. Weiber: Bild in die Zeit. * 21:30: Liederabend.

Donnerstag, 3. November:

10:10: „Fränk Tage Quartier im Reheparatur.“ Bericht von Dr. G. Herrmann. * 14:00: Filme der Woche. * 15:00: Dr. G. Niese: Licht im Leben? * 16:00: Variationen. Leipziger Einjournale. Dirig.: G. Weber. * 18:00: Dr. W. Kowatzki: Wammuski von Goetheleben und seine Bedeutung für die Wissenschaft. * 18:15: Steuerunterricht. * 18:30: Montierat Kraus-Berz u. Dr. S. Martin: Spanisch. * 18:50: Wir geben Auskunft. * 19:00: Gie Wödel: Der Einfluß der Familie auf die Bewusstseinsentwicklung des Kindes. * 19:30: Stunde der Reichsregierung. * 20:00: Unterhaltungskonzert. Leipziger Einjournale. Dirig.: G. Weber. * 21:15: Ein Hörspiel.

Gas — der Mercedes setzte sich in Bewegung. Peter hatte nicht bemerkt, daß Susanne am Fenster stand; der Wagen verschwand hinter den Bäumen, ohne daß Peter sich noch einmal umgesehen hätte.

Sagenheim sah ganz ruhig da, ohne Susanne zu hören; die immer noch am Fenster stand, dem verschwindenden Wagen mit großen, leeren Augen nachstarrte. Er wußte, daß er sich nicht zu beeilen brauchte, daß er viel, viel Zeit hatte, seine Pläne durchzuführen.

Er pres den Buch, der ihn heute nach den Heidehof geführt hatte. Die junge Frau würde ihm sicher die Abwesenheit des Hausherrn verzeihen haben, trotz ihres Versprechens dem neulich. So war er gerade zurecht gekommen, sich selbst das Verprophene zu holen.

Sie würde ihm die Deute nicht entgehen, dafür würde er schon sorgen. Der alte Herr von Gemann hatte sie ihm ja geradezu ausgeliefert; man brachte ihn nicht einmal vor die Geschäftigkeit der Dienerschaft zu fächern — Hieronymus selbst war dabei gewesen, wie Seiden seine Frau der Gesellschaft Sagenheims empfohlen hatte. Nun, da war alles in besser Ordnung.

Sagenheim lächelte zufrieden vor sich hin, lächelte noch, als Susanne sich endlich ins Zimmer zurückbewegte.
„So, Kind, jetzt hast du genug getrauert um das Verschwinden des Herrn Gemanns, denke ich. Jetzt kannst du deine Sehnsucht dem Anwesenden zuwenden — nicht wahr? Siehst du, Mäuschen, das Schicksal selbst will, daß wir heute zusammenkommen. Sonst hätte es die Gelegenheit nicht so prächtig vorbereitet.“

Du hast selbst gehört, daß dein heißgeliebter Gatte dich mir anvertraut hat. Und ich nehme es mit diesem Zintu so genau, daß ich sogar den Besuch bei meiner Braut aufbehalte, wo man mich für heute nachmittag bestimmt erwartet. Sie werden heute auf mich verzichten müssen — du gehst mit vor.“

Aber jetzt sei ein wenig nett zu mir, Mäuschen, und schame mich nicht so sehr an! Es müßt dich doch nichts, das wehst du selbst einsehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zornauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Maßende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeit 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einzl. Umkleer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Geballe.

Nr. 131.

Dienstag, den 1. November 1932.

35. Jahrg.

Der Empfang bei Hindenburg.

Nach seiner Einigung Reich-Preußen.
Reichspräsident von Hindenburg hat am Sonnabend in Gegenwart des Reichkanzlers von Papen den preussischen Ministerpräsidenten Braun empfangen. Der Empfang dauerte etwa eine Stunde. Amtlich wird über folgende Mitteilung ausgegeben:

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonnabend Reichkanzler von Papen und den preussischen Ministerpräsidenten Braun. Der Reichspräsident hat dem Urteil des Staatsgerichtshofes gefällende Lage. Der Reichspräsident führte einleitend aus, daß der Streit zwischen Reich und Preußen über die Bestimmung vom 20. Juli durch das Urteil des Staatsgerichtshofes erledigt sei und daß er und die Reichsregierung sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils stellen. Es müsse beiderseits der letzte Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen, die einerseits die dem preussischen Staatsministerium zuerkannten Rechte berücksichtige, andererseits die Befugnisse des Reichsministeriums und die Notwendigkeit einer einheitlichen Reichspolitik wahren.

Ministerpräsident Braun erwiderte, daß das preussische Kabinett sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden des Urteils stelle. Er gab daraufhin eine Darlegung seiner Auffassung von den Folgerungen, die aus dem Urteil zu ziehen seien. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingeleitet werden. Die Befugnisse des Reichsministeriums sollten, wenn sie überhaupt noch nötig wären, auf solche Maßnahmen beschränkt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig seien. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Über die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und in Preußen könnten alsdann Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung stattfinden.

Reichkanzler von Papen erklärte zunächst, daß die Reichsregierung die persönliche Verantwortung des preussischen Ministerpräsidenten Braun für die Angelegenheit nie angezweifelt habe, und daß nur staatspolitische Erwägungen zu ihren Maßnahmen geführt hätten. Er legte dann seine Auffassung der Lage dar und betonte, daß der Reichsminister sich nicht darauf beschränken könne, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern weiterhin die gesamte Exekution einschließlich in der Hand behalten müsse. Daraus ergäbe sich ohne weiteres die Verpflichtung, die als notwendig erkannte Reform der preussischen Verwaltung durchzuführen und damit eine spätere endgültige Regelung dieser Frage durch die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten. Personelle Veränderungen seien nur aus sachlichen Gründen vorgenommen worden. Der Reichsminister werde der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit geben, die ihr zuerkannten Rechte auszuüben, Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichsministeriums aber nicht dulden.

Der preussische Ministerpräsident betonte, daß er demgegenüber auf seinem eingangs dargelegten Standpunkt verbleibe und insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Verhandlung mit der preussischen Staatsregierung überbreite. Eine Einigung hierüber wurde nicht erzielt.

Im Laufe der Besprechung hob der Reichspräsident hervor, daß es zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Verhältnisse weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reiches in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reiches in einheitlicher Bahn zu führen.

Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, daß über die Ausübung der Rechte, die der preussischen Staatsregierung nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zustünden, eine Verständigung erzielt werden müsse. Es wurde vereinbart, daß hierüber weitere Verbindungen zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Reichsminister aufrechterhalten werden sollen.

Bayern an den Reichspräsidenten.

Zur Neuaufstellung Preußens.
Amtlich wird mitgeteilt: Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wird folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis geleitet:
Der Ministerrat hat sich soden auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Vätern der Reichsregierung wegen der Neuaufstellung Preußens

Entscheidungen von größter Tragweite

Die Ministerien Preußens in Händen des Reiches

In Verfolg der vom Reichsminister für Preußen in Angriff genommenen Verwaltungsreform sind jetzt die erwarteten Ernennungen von neuen Reichsministern für Preußen amtlich bekanntgegeben worden.
Reichkanzler von Papen hat danach in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Preußen ernannt: zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums den Staatssekretär a. D. Professor Dr. Popitz;
für den Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums den Reichsminister für Ernährung, Freiherrn von Braun;
für den Geschäftsbereich des Kultusministeriums Universitätsprofessor Dr. Schäfer aus Greifswald.

In der kommissarischen Leitung der übrigen preussischen Ministerien tritt keine Veränderung ein. Es bleiben also: Dr. Bracht für Inneres, Staatssekretär Dr. Höfcher für Justiz und Staatssekretär Dr. Ernst für Handel (das Ministerium heißt jetzt „für Wirtschaft und Arbeit“).
Gleichzeitig hat der Reichspräsident den Reichsminister Dr. Bracht und Staatssekretär Popitz für die Dauer ihrer Vertretung mit den Aufgaben in Preußen zu Reichsministern ohne Parteizugehörigkeit ernannt.
Die Regierung Braun-Bebering tritt am Dienstag zusammen, um zu diesen Ernennungen Stellung zu nehmen.

Reichsrat vom 10. November einberufen.

Der Reichsrat ist nunmehr zum 10. November einberufen worden. Es ist anzunehmen, daß in dieser Sitzung auch die Frage der Hoheitsrechte des preussischen Staatsministeriums Braun gefaßt werden soll.
Die Einberufung des Reichsrats ist von Reichsinnenminister vorgenommen worden. Die Einladungen sind

bereits in den Händen der Reichsratsbevollmächtigten. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe laufender Fragen. Wichtige politische Fragen sind auf ihr nicht entfallen.
Der nun erfolgten Einberufung des Reichsrats werden die Arbeiten der Reichsratsausschüsse in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden. Anfang der Woche werden bereits die Mundfunkrichtlinien in den Ausschüssen erörtert werden.

Anträge auf eine frühere Einberufung des Reichsrats liegen zur Zeit nicht vor. Sollten in der kommenden Reichsratsitzung Auskünfte über politische Dinge verlangt werden, so werden diese Fragen, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, vom Reichsinnenminister selbstverständlich beantwortet werden.

Kein Disziplinarverfahren gegen Dr. Weismann.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind die in der Öffentlichkeit gegen den Staatssekretär Dr. Weismann erneut erhobenen Vorwürfe auf Anweisung der kommissarischen Staatsregierung durch einen Staatspräsidenten des Kammergerichts in der Richtung nachgeprüft worden, ob Möglichkeit und Anlaß zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens vorläge. Diese Nachprüfung hat ergeben, daß ein Disziplinarverfahren jedesfalls deswegen nicht eingeleitet werden kann, weil sämtliche Vorwürfe sich auf Vorgänge beziehen, die in rechtsverjährter Zeit liegen.

Bracht und Popitz vereidigt.

Der Reichspräsident hat die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung der neuernannten Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Dr. Jürgens, e. h. Bracht und Dr. Popitz, vorgenommen.

besteht. Nach seiner Überzeugung enthalten schwere Eingriffe in die verfassungsmäßigen Beziehungen der Länder gegenüber dem Reiche zu sein. Das Vorgehen der Reichsregierung ist schwere Enttäuschung für alle, die in auf die Erklärungen der Reichsregierung das haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlicher und nur nach Verhandlungen mit den Ländern werde. Der Ministerpräsident hat daher den Reichspräsidenten, seine Entschlossenheit zu treffen, bei den übrigen Ländern verhandelt worden ist.

Die Antwort Hindenburgs an Bayern.

Auf das Telegramm der bayerischen Regierung an den Reichspräsidenten hat der Reichspräsident dem Reichkanzler Mitteilung gemacht, daß er von falschen Voraussetzungen aus geplanten Maßnahmen der Reichsregierung durchaus in den Rahmen der Aufgaben, die durch das Staatsgerichtshofes dem Reichsminister worden sind.

Die „Zusatzstimmen“ der Wahl.

Keine Entschädigung der Arbeitslosen.
Hinsichtlich der Zusatzstimmen, die in dem Wahlrecht dieser Tage in Bayern die Wahlreform angeht, ist für diejenigen gedacht, der für die Familie zu sorgen hat. Das ist im allgemeinen der Mann. Wenn der Mann tot ist, geht diese Zusatzstimme ohne weiteres auf die Frau über. Unter Familie wird im Zusammenhang hiermit Mann und Frau und mindestens ein Kind verstanden. Wenn die Kinder heranwachsen und Selbstverdiener werden, wird trotzdem die Stimme nicht entzogen werden.



Stärkesteilnehmern — bekanntlich ebenfalls eine Zurechtweisung. Es wird nicht, daß der Reichspräsident beauftragt werden soll. Ein Kriegskriegs Familienvater ist, soll zuweilen

Spott Arbeit schafft.

Die Reichsregierung hat die Ausführung der Aufträge, die dem Reichsminister für Preußen übertragen sind, in den nächsten Tagen in den Händen der Reichsminister für Preußen kommissarisch beauftragt werden. Es können sich in den nächsten Tagen wichtige Entscheidungen ereignen. Die Reichsregierung hat die Ausführung der Aufträge an den Reichsminister für Preußen kommissarisch beauftragt. Zur Vorbereitung dieser Aufträge hat die Reichsregierung die Reichsminister für Preußen kommissarisch beauftragt. Die Reichsregierung hat die Ausführung der Aufträge an den Reichsminister für Preußen kommissarisch beauftragt. Die Reichsregierung hat die Ausführung der Aufträge an den Reichsminister für Preußen kommissarisch beauftragt.

Trendelenburg Untergeneralsekretär des Völkerbundes.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Dr. Trendelenburg, hat, wie amtlich aus Genf gemeldet wird, den Staatssekretär a. D. Dr. Trendelenburg zum deutschen Untergeneralsekretär des Völkerbundes ernannt. Dem neuen deutschen Untergeneralsekretär, der seinen Posten bereits in nächster Zeit antreten soll, ist die Oberleitung über die Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes übertragen worden.